

Sebastian Kurz

Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres
der Republik Österreich, Wien

Sehr geehrte Damen und Herren,
geschätzter Herr Abt,
vor allem aber geschätzte Ehrengäste,
sehr geehrter Herr Außenminister,

Herr Vizepremier,

ich bin mir nicht sicher, ob all Ihre Vorschläge überall Unterstützung finden.
Was Ihre Vorschläge für klare Mehrheiten betrifft, so glaube ich aber, dass es
zumindest in Niederösterreich dafür durchaus Unterstützung gibt.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann,
liebe Barbara Schwarz,

vielen Dank, dass diese Kooperation zwischen dem Außenministerium und
dem Land Niederösterreich wieder möglich ist und heuer das 20. Europa-
Forum Wachau stattfinden kann.

Das Jahr 2015 ist – das haben Sie, Herr Professor Lendvai noch gar nicht ange-
sprochen – für einen Außenminister in Österreich durchaus eine gewisse Her-
ausforderung. Es ist ein Jahr der Jubiläen, wir haben 200 Jahre Wiener Kon-
gress, 70 Jahre Kriegsende, 60 Jahre Staatsvertrag. Überall wird erwartet, dass
der Außenminister den Blick zurückwirft, was im Falle eines 28-Jährigen eine
durchaus ordentliche Herausforderung ist, nachdem ich viele dieser Jubiläen
nicht einmal ansatzweise miterlebt habe.

Im Falle von „20 Jahre Beitritt Österreichs in die Europäische Union“ und
20 Jahre Europa-Forum Wachau, ist das schon etwas leichter, das geht sich zu-
mindest knapp aus.

Wenn ich also den Blick zurückwerfen darf, was Österreichs Geschichte in der
Europäischen Union betrifft, so kann man durchaus selbstbewusst sagen, dass
die Entscheidung nicht nur eine richtige war, bei diesem großen Friedens- und
Erfolgsprojekt teilzunehmen, sondern, dass es eine Entscheidung war und ist,

von der wir ungemein profitiert haben. Damit meine ich jetzt gar nicht nur, dass unsere Regionen wie Niederösterreich damit ins Zentrum Europas gerückt sind, damit meine ich auch gar nicht nur, dass wir wirtschaftlich und durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Österreich massiv davon profitiert haben, sondern gerade als junger Mensch erlebt man tagtäglich, welche Freiheit uns Europa bietet, überall leben zu dürfen, überall arbeiten zu dürfen, überall studieren zu dürfen. Gerade junge Menschen nutzen das aus, und das ist gut so.

Wenn wir bei diesem Europa-Forum jetzt die Frage stellen: "Stößt Europa an seine Grenzen?", dann kann man wahrscheinlich ganz einfach darauf antworten, dass wir zwar in schwierigen Zeiten leben, aber ob Europa deshalb an seine Grenzen stoßen muss, das hängt wahrscheinlich ganz davon ab, wie wir mit diesen Herausforderungen umgehen.

Es sind schwierige Zeiten. Themen wie die Flüchtlingskatastrophe sind schon angesprochen worden, aber ich möchte trotzdem noch auf drei Bereiche eingehen, die aus meiner Sicht eine ganz massive Herausforderung für die Europäische Union darstellen und wo ganz entscheidend sein wird, wie wir mit diesen drei Bereichen in Zukunft umgehen werden.

Der erste Bereich – keine Überraschung als Außenminister – der außenpolitische. Vor zehn Jahren, als die europäische Nachbarschaftspolitik entwickelt wurde, haben wir uns vorgestellt, dass es uns gelingen wird, einen Ring an befreundeten, sich positiv entwickelnden Staaten rund um die Europäische Union zu schaffen, die sich an uns annähern und uns somit durch ihre positive Entwicklung Stabilität bieten.

Zehn Jahre später erleben wir nun einen Konflikt in der Ukraine, im Osten der Europäischen Union, und wir erleben mit dem IS-Terror im Süden der Europäischen Union unfassbare Brutalität, die mit dem Phänomen der foreign fighters mittlerweile auch schon mitten in Europa angekommen ist.

Wenn wir uns die Situation innerhalb der Europäischen Union anschauen, dann habe ich, als ich in meinen ersten Sitzungen in Europa teilgenommen habe, damals noch als Integrationsstaatssekretär eigentlich auf allen Ebenen noch diesen europäischen Geist des Kompromisses, des Zusammenarbeitens erlebt. Vetodrohungen gab es in den Sitzungen, in denen ich anwesend war, praktisch nie.

Jetzt – einige Jahre später – erleben wir nicht nur das Aufkeimen von nationalen und rechten Parteien in Europa, sondern mit Griechenland auch offen ausgesprochene Veto-Drohungen, einen ganz anderen Geist der Zusammenarbeit und durchaus die Gefahr, dass sich in Europa derjenige, der am lautesten schreit oder am festesten auf den Tisch haut, in den Sitzungen durchsetzen könnte.

Wirtschaftlich – das ist von einigen schon angesprochen worden – erleben wir eine Zeit, wo überall anders oder an vielen anderen Orten in der Welt Wachstum stattfindet, in Europa Wachstum in vielen Ländern – unter anderem auch in Österreich – nach wie vor auf sich warten lässt.

Zudem haben wir auf unterschiedliche Abhängigkeiten eigentlich noch keine Antwort gefunden: Wir leben nach wie vor in massiver Abhängigkeit vom Gas aus Russland, vom Öl aus den Golfstaaten, aber – was die Technologie betrifft – auch von den USA und anderen Ländern der Welt.

Ich glaube, die Antworten auf diese Fragen müssen ganz unterschiedliche sein. Was die Außenpolitik betrifft, so glaube ich, ist die Antwort auf den Ukraine-Konflikt ganz eine andere Antwort als auf den IS-Terror. Der Ukraine-Konflikt ist zweifelsohne einer, wo die Schuldfrage klar geklärt ist: Sie liegt bei Russland. Die Sanktionen waren daher auch die richtige und notwendige Reaktion darauf. Nichtsdestotrotz braucht es meiner Meinung nach ständig neue Anläufe, mit Russland ins Gespräch zu kommen, zu verhandeln und zu versuchen, eine friedliche Lösung zu finden, denn in Europa wird es keinen Frieden gegen, sondern nur mit Russland geben können.

Was den IS-Terror betrifft, so braucht es – und da bin ich ganz bei Péter Szijjártó – einen gegenteiligen Ansatz. Wir dürfen hier nicht naiv sein und glauben, dass wir nur mit humanitärer Hilfe für die Opfer erfolgreich sein können. Der IS-Terror hat dazu geführt, dass nicht nur unzählige Menschen ums Leben gekommen sind, es sind mittlerweile über 10 Millionen Menschen auf der Flucht, über 20 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, und wenn wir nicht noch entschlossener militärisch gegen diese Terroristen vorgehen werden, dann werden sie sich schrittweise immer weiter ausbreiten und noch größeres Leid anrichten.

Was die innereuropäische Situation und den Umgang mit Griechenland betrifft,

so bin ich der Meinung, dass es hier eine klare Linie seitens der Eurogruppe und der Europäischen Union braucht. Es wurde schon angesprochen, dass viele Länder, die die Reformen gemacht haben, Irland und andere, jetzt die sind, die positives Wirtschaftswachstum erleben und die vorleben, dass der Reformkurs ein Land auch tatsächlich aus der Krise bringen kann.

Jetzt nachzugeben gegenüber denjenigen, die nicht bereit sind, diese Reformen anzugehen, würde nicht nur bedeuten, dass wir die Maßnahmen, die in anderen Ländern sehr wohl gesetzt worden sind, verhöhnen, sondern es ist meiner Meinung nach auch ein gefährlicher Kulturwandel innerhalb der Europäischen Union, wenn wir davon abgehen, dass das, was vereinbart ist, zu halten hat, und wenn wir auch davon abgehen, dass vereinbarte Reformen und Standards überall zu gelten haben.

Was die wirtschaftliche Situation betrifft, so bin ich der Meinung, dass wir neben all den hohen Zielen, die wir uns in der Europäischen Union setzen – wir sind Vorreiter in menschenrechtlichen Bereichen, wir sind Vorreiter im Klimaschutz, vieles andere ist schon angesprochen worden – nicht auf den Standort Europa vergessen dürfen. Denn die Stärke der Europäischen Union ist auch damit zu begründen, dass wir nach wie vor einen nicht unwesentlichen Anteil am Weltwirtschaftsgeschehen haben.

Wenn man den Prognosen glaubt – und ich glaube, sie stimmen – dann sehen wir ganz deutlich, dass wir in den nächsten Jahren nicht nur immer weiter zurückfallen, sondern wir erleben insbesondere was Phänomene wie die Digitalisierung betrifft, dass viel an Innovation längst nicht mehr in Europa stattfindet.

Insofern bin ich fest der Überzeugung, dass, wenn wir international nicht zurückfallen wollen, wir alles dazu tun müssen, damit der Standort Europa wirtschaftlich aber auch für die Industrie erfolgreich und interessant bleibt. Wir müssen alles tun, um nicht als einzige Antwort auf die Digitalisierung mit neuer Regulierung zu antworten, sondern zu versuchen, selbst auch wieder Innovation in Europa zustande zu bringen. Regulierung allein kann nicht die einzige Antwort auf Innovation sein!

Ich glaube, dass genau in so einer schwierigen Zeit ganz zurecht auch die Diskussionen lauter werden, wie sich die Europäische Union verändern sollte. Da

haben insbesondere die Briten eine Diskussion angestoßen, die man nicht ganz einfach wegwischen und mit einem „njet“ abtun sollte.

Es gibt einige Vorschläge der Briten, die wir zurecht nicht teilen, aber, wenn man genauer hinsieht, da merkt man doch schnell, dass die Briten eigentlich einige Probleme ansprechen, die uns in Österreich und in vielen anderen Ländern eins zu eins genauso betreffen.

Die Briten sprechen an, dass es ein Mehr an Subsidiarität braucht, dass Europa stärker werden sollte in den großen Fragen, wenn es um Außen-, Verteidigungs- aber auch Energiepolitik geht, sich dafür aber zurücknehmen sollte in den kleinen Angelegenheiten. Das ist ein Ansatz, den wir zu 100 Prozent unterstützen können, denn gerade die Regionen und Mitgliedsstaaten wissen in vielen Fragen oft wesentlich besser, was für die jeweilige Region oder für den Mitgliedsstaat der richtige Weg ist.

Was die Stärkung des Binnenmarkts betrifft oder das Ziel, noch mehr an wirtschaftlicher Kooperation mit anderen Teilen dieser Welt einzugehen und den Freihandel zu fördern, da können wir auch den britischen Vorschlägen meiner Meinung nach nur voll und ganz zustimmen. Gerade als kleines exportorientiertes Land – 60 Prozent unserer Wirtschaft finden im Export statt – sollten wir diese Ideen der Stärkung des Binnenmarkts, der Stärkung des Freihandels, voll und ganz unterstützen und mittragen.

Ein dritter Punkt der Briten betrifft den Umgang mit den Sozialsystemen. Auch da ist meine Linie ganz klar: Die Niederlassungsfreiheit in der Europäischen Union ist nicht nur ein hohes Gut, sondern sie ist eine ganz zentrale Säule der Europäischen Union, die wir keinesfalls in Frage stellen dürfen.

Niederlassungsfreiheit bedeutet aber nicht, sich das beste Sozialsystem in der Europäischen Union aussuchen zu können. Wenn wir uns bewusst machen, dass die Sozialstandards schlicht und ergreifend ganz unterschiedlich sind, dass der Mindestlohn in Rumänien mit knapp 400 Euro rund die Hälfte der österreichischen Mindestsicherung ist, dann ist ganz klar, dass die Niederlassungsfreiheit dann geschützt wird, wenn wir uns auch die Frage stellen, ab wann jemand einen Anspruch auf Sozialleistungen in einem Mitgliedsstaat, in den er gegangen ist, um zu arbeiten, denn überhaupt erwerben soll.

Diese Diskussionen werden wir führen müssen und führen sollen, nicht nur, um die Briten in der Europäischen Union zu halten, sondern weil ich überzeugt davon bin, dass eine Europäische Union nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie sich ständig weiterentwickelt, wenn sie Probleme erkennt und ganz pragmatische Lösungsansätze dafür sucht.

In diesem Sinne werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Diskussionen wie sich die Europäische Union stetig weiterentwickeln und verbessern kann, weiterhin geführt werden, und ich bin überzeugt davon, wenn wir das tun, wird Europa auch nicht an seine Grenzen stoßen, sondern auf all die anstehenden Probleme und Herausforderungen die passenden Lösungen finden und ein Projekt nicht nur mit einer großen Vergangenheit, sondern auch mit sehr viel Zukunft sein.

Vielen Dank!

(Applaus)

Ich darf nun zum Abschluss noch Barbara Schwarz und Erwin Pröll auf die Bühne bitten. Wir haben anlässlich des 20. Europa-Forums Wachau eine Innovation gestartet, nämlich erstmals die Verleihung des Europa-Preises. Wir verleihen den Preis in drei Kategorien. Der Europa-Staatspreis 2015 soll im Bereich Zivilgesellschaft, im Bereich Jugend und in dem Bereich Europa-Berichterstattung jeweils drei Personen beziehungsweise Institutionen auszeichnen, die sich mit dem Thema Europa auseinandersetzen und die das Thema Europa vor Ort stattfinden lassen und somit Europabewusstsein in Österreich starten.

Der Europa-Staatspreis wird zum ersten Mal vergeben. Ich darf mich ganz herzlich bei der Jury bedanken, nämlich bei einer sehr hochrangigen Jury, die heute vertreten ist durch Albert Rouen und Benita Ferrero-Waldner, die ich vielleicht zu uns auf die Bühne bitten darf, und ich darf gleich mit der ersten Kategorie beginnen, nämlich der Zivilgesellschaft. Da geht der Europa-Staatspreis 2015 an das Projekt Rückenwind der Arbeiterkammer Tirol. Ein kurzer Film wird uns einen Überblick über das Projekt geben.

(Applaus)

Wir gratulieren sehr herzlich!

Der Europa-Staatspreis für Berichterstattung geht an eine Tageszeitung, die seit 17 Jahren mit ihrem EU-Ressort als einzige österreichische Tageszeitung täglich und ausführlich über alle Entwicklungen in der Europäischen Union berichtet und somit beiträgt zu einer sachlichen und differenzierten Art und Weise der journalistischen Auseinandersetzung.

Wir gratulieren sehr herzlich der Tageszeitung „Die Presse“, dürfen uns einen Film ansehen und den Chefredakteur Rainer Nowak herausbitten.

(Applaus)

Vielen Dank!

Der dritte und letzte Europa-Staatspreis geht im Bereich „Jugend“ an eine außergewöhnliche Initiative. Junge Menschen haben andere junge Menschen dafür mobilisiert, bei der EU-Wahl teilzunehmen und damit einen wichtigen demokratie-politischen Beitrag geleistet. Wir gratulieren ganz herzlich der Initiative EU2014.at.

(Applaus)

Vielen Dank!

Wir gratulieren allen Preisträgern und bedanken uns bei der Jury für die Auswahl.

(Applaus)